



BLICKPUNKT SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENST Warum wieder der Streik droht – und wie eine betroffene Sozialarbeiterin die Situation erlebt

Mai und Juni waren harte Monate für viele Eltern. Der Sozial- und Erziehungsdienst streikte – die Kitas blieben zu. Doch auch Sozialarbeiter und viele andere Gruppen legten die Arbeit nieder. Es folgte ein Schlichterspruch – und eine krachende Ablehnung von Gewerkschaftsseite. **Nun drohen neue Streiks.** Wir geben einen Überblick.

DAS INTERVIEW

„Kein Reichtum, aber Armut ist es auch nicht“

Dr. Gerd Landsberg im Interview

DORSTEN/BONN. Dr. Gerd Landsberg (Foto) ist Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes (DStGB), des kommunalen Spitzenverbandes, des Interessensvertreters der Städte und Gemeinden. Auch wenn es um die bessere tarifliche Eingruppierung der Mitarbeiter im Sozial- und Erziehungsdienst geht, die bei den Kommunen auf der Gehaltsliste stehen: Man sei mit der Zustimmung zum Schlichterspruch ans Äußerste gegangen, sagt er im Interview mit Johannes Mohren.

Herr Landsberg, zu Beginn ein Blick in die Zukunft: Bleiben die Kita-Türen bald wieder geschlossen?

Ich hoffe sehr, dass es noch eine Einigung gibt. Ich glaube auch, dass der Einigungsdruck deutlich größer ist als in der letzten Runde. Man muss sehen: Es gab acht Verhandlungsrunden, es gab Streiks, viele Eltern haben ihren Jahresurlaub eingesetzt, um das aufzufangen. Ob die jetzt noch einmal Urlaub dafür haben, glaube ich nicht. Und ich glaube auch nicht, dass die Bereitschaft in der Öffentlichkeit da ist, einen erneuten Streik zu akzeptieren.

Kam die Schlichtungs-Ablehnung für Sie überraschend?

Ja. Denn die Schlichtung ist nicht so eben mal entschieden worden. Es sind ja auch deutliche Verbesserungen, auch wenn sich jeder natürlich noch etwas Besseres vorstellen kann. Der Schlichterspruch würde die Kommunen bundesweit 500 Millionen Euro kosten. Das hat schon sehr geknirscht, um die kommunale Seite dazu zu bewegen, ihn zu akzeptieren. Das war vielleicht auch ein Fehler der Gewerkschaft – die natürlichen Erwartungen hochschraubt hat – das nicht wirklich so zu kommunizieren.

Konkretes Beispiel: Eine Sozialarbeiterin, Entgeltstufe S 11, hätte durch die Schlichtung 58 Euro mehr bekommen. Brutto. Wundert es Sie da, dass Sie nicht zustimmt?

Ich weiß natürlich nicht genau, wie die Situation dieser Sozialarbeiterin ist. Aber die Schlichtung hätte teilweise ein Plus von bis zu 160 Euro oder auch mehr bedeutet. Und man muss auch bedenken, dass sie, wie alle im Öffentlichen Dienst, bereits im März eine generelle Lohnsteigerung von 4,3 Prozent in zwei Stufen bekommen hat. Und jetzt geht es noch einmal

um die Entgeltstufe. Wir müssen darauf achten, dass das im Gesamtgefüge noch darstellbar ist. Man schaut auch immer nur in die unteren Lohngruppen. Bei der Kita-Leitung geht das Gehalt weit über 4000 Euro hinaus. Das ist kein Reichtum, aber Armut ist es auch nicht.

Was bedeuten die Forderungen der Gewerkschaften für die Städte?

Sie sind schlichtweg nicht erfüllbar. Die Kommunen haben riesige Finanzprobleme – gerade in NRW. Wir sind teilweise höchst verschuldet, die Kassenkredite sind wieder gestiegen. Die finanziellen Anforderungen sind enorm gewachsen. Wir müssen viel mehr investieren, was wir leider nicht tun. Wir haben die Flüchtlingsproblematik, steigende Sozialkosten, steigende Kosten bei der Eingliederungshilfe. Wir können nicht draufsatteln. Man kann natürlich sagen – und das ist auch richtig – die Erzieherinnen sind dafür nicht verantwortlich. Aber wir sind weiterhin ein zuverlässiger Arbeitgeber mit einer sozial anerkannten Aufgabe und ich sage auch: Anerkennung ist nicht immer nur Geld.

Wir haben mit einem Blick in die Zukunft begonnen, enden wir auch damit. Ein Kompromiss muss her – wie könnte er aussehen?

Ich kann ihn mir nur so vorstellen, dass die Gewerkschaft noch einmal auf ihre Mitglieder zugeht und für die Schlichtung endlich aktiv wirbt. Jetzt wird ja in der Öffentlichkeit so getan, als sei sie eine Erfindung der Arbeitgeber, aber das stimmt nicht. Die Gewerkschaftsspitze hat zugestimmt, wir haben zugestimmt – aber die Basis hat nicht zugestimmt. Das ist ein Problem, aber rechtlich ist die Gewerkschaft nicht gezwungen, zu streiken. Es ist nicht unsere Aufgabe, Gewerkschaften zu helfen, die sich selber in eine Sackgasse manövrieren. Spielräume innerhalb des Schlichtungsergebnisses kann ich mir vorstellen, will aber da den Verhandlungen nicht vorgreifen.

Der Sozial- und Erziehungsdienst in Zahlen

Monatsentgelte in Euro

Entgelt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 18	3.445,25	3.560,07	4.019,46	4.363,97	4.880,76	5.196,57
S 17	3.102,56	3.416,52	3.789,76	4.019,46	4.478,80	4.748,69
S 16	3.024,52	3.341,89	3.594,53	3.904,60	4.249,12	4.455,84
S 15	2.913,01	3.215,54	3.445,25	3.709,38	4.134,29	4.318,02
S 14	2.879,57	3.102,56	3.387,82	3.617,48	3.904,60	4.105,57
S 13 Ü	2.926,55	3.149,53	3.436,20	3.665,88	3.952,98	4.096,53
S 13	2.879,57	3.102,56	3.387,82	3.617,48	3.904,60	4.048,14
S 12 Ü	2.815,04	3.093,78	3.367,29	3.608,45	3.907,04	4.033,37
S 12	2.768,08	3.046,82	3.318,92	3.560,07	3.858,65	3.984,98
S 11 Ü	2.715,30	3.049,78	3.195,64	3.563,13	3.850,24	4.022,50
S 11	2.656,58	2.991,07	3.136,01	3.502,66	3.789,76	3.962,02
S 10	2.589,68	2.857,27	2.991,07	3.387,82	3.709,38	3.973,50
S 9	2.578,52	2.768,08	2.935,32	3.244,27	3.502,66	3.749,57
S 8	2.478,17	2.656,58	2.879,57	3.198,33	3.496,91	3.732,33
S 7	2.405,70	2.628,70	2.807,11	2.985,49	3.119,30	3.318,92
S 6	2.366,68	2.589,68	2.768,08	2.946,46	3.108,13	3.289,06
S 5	2.366,68	2.589,68	2.756,93	2.846,12	2.968,77	3.181,11
S 4	2.154,84	2.433,58	2.578,52	2.701,18	2.779,22	2.879,57
S 3	2.043,35	2.277,50	2.433,58	2.589,68	2.634,28	2.678,89
S 2	1.959,72	2.065,65	2.143,69	2.232,89	2.322,08	2.411,29



Beschäftigte in Sozial- und Erziehungsberufen bei kommunalen Trägern deutschlandweit: 240.000* in Dorsten: 151 *nach ver.di-Angaben

„Die Anforderungen steigen“

Nicole Häseker, Schulsozialarbeiterin an der Antoniusschule, über die Situation

Nicole Häseker hat nachgerechnet. Genau 58 Euro, sagt sie, wären für sie am Monatsende mehr abgefallen. Dann, wenn die Gewerkschaft der Schlichtung im Kita-Streik zugestimmt hätte. Brutto. „Da weiß jeder, was da unter dem Strich noch übrig bleibt. Da hätte ich mir das Streiken sparen können.“

Und so stimmte die 33-Jährige, die an der Antoniusschule (und deren Teilstandort Bonifatiuschule) als Schulsozialarbeiterin arbeitet, Anfang August mit Nein. Gegen den Schlichtungsvorschlag. Gegen die große Enttäuschung. So wie 69,13 Prozent der Mitglieder der Gewerkschaft Verdi im Sozial- und Erziehungsdienst. „Der Vorschlag war einfach keine Aufwertung, sondern ein Witz“, so Häseker.

Es war der Moment, der die Möglichkeit neuer Streiks unmissverständlich auf die Agenda hob. Eine Fortsetzung dessen, was im Mai und Juni den Betrieb zum Erliegen brachte. An den Kitas, klar – dort, wo Erzieher die Arbeit niederlegten, um für bessere Löhne und Bedingungen einzutreten.

Doch auch die Schulsozialarbeiter und Mitarbeiter anderer sozialer Berufe gingen in den Ausstand. So wie Nicole Häseker. Von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkt. Weil der Streik eben, was den reinen verbalen Mantel betraf, als „Kita-Streik“ daherkam. Weil die geschlossenen Kitas die offenkundigste Auswirkung waren. Trügerisch, da er für den gesamten Sozial- und Erziehungsdienst galt.

Of werde ihre Berufsgruppe unter den Teppich gekehrt, einfach nicht anerkannt, sagt Häseker: „Auf der anderen Seite wird dann aber verbalisiert, wie wichtig unser Job ist. Das passt nicht zusammen“. Ebenso wenig wie das Gehalt auf dem Lohnzettel, betont sie. In der Entgeltgruppe S 11 des Öffentlichen Dienstes ist Häseker eingruppiert, Stufe zwei (siehe Grafik). Mit sieben Jahren Berufserfahrung. Das bedeute über den Daumen gepeilt 1700 Euro nach allen Abzügen. Für eine junge Frau mit einem abgeschlossenen Studium. Sozialpädagogik.

In einem Berufsfeld, das, wie Häseker betont, immer komplexer wird. „Es ist vielseitig und vielschichtig“, sagt sie. Und beginnt zu erzählen. Von der Arbeit mit den Eltern – der pädagogischen Beratung, der



Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) im Überblick

- Rund 50 Berufsgruppen im sozialen und erzieherischen Bereich zählen zum SuE – von der Kinderpflegerin bis zur Kita-Leiterin.
- 740 000 Beschäftigte arbeiten nach Verdi-Angaben insgesamt im SuE, davon 240 000 bei kommunalen, 500 000 bei kirchlichen und freien Trägern.
- Die Gewerkschaft fordert eine höhere Eingruppierung – durchschnittliche Entgelterhöhung: 10 Prozent.

aber den sie gerne macht. Eigentlich. Denn auch wenn Geld nicht alles sei, „wenn ich mir überlegen muss, ob ich zusätzlich noch einen 400-Euro-Job machen muss, macht das nachdenklich“. So, sagt Häseker, könne sie ihren Job niemandem empfehlen.

Streiken, sagt die Sozialarbeiterin, tue sie nicht gerne. „Das ist total schade, weil dann die Klienten in Mitleidenschaft gezogen werden. Das macht die Sache schwer“, betont sie. Weitermachen will sie dennoch: „Wir haben lange nichts gesagt. Aber die Anforderungen steigen immer mehr, die Gesellschaft braucht mehr Hilfe“. Vom Kopf her wisse sie, dass sie und ihre Kollegen nun nicht locker lassen dürfen. Weil jetzt die Chance da sei. Jetzt, „und dann die nächsten Jahre nicht wieder“.

Ob sie große Hoffnungen hat? „Man hat ein Bauchgrummeln, aber die Hoffnung stirbt zuletzt“, sagt Häseker. Die Gemeinschaft, die sie bei Demonstrationen, etwa in Wuppertal, erlebte, macht ihr Mut – auch wenn natürlich die Angst dabei sei, dass das alles wieder umsonst ist, alles doch letztendlich ins Leere läuft. „Die Arbeitgeber müssen einlenken. Zu einem Kompromiss, der wirklich ein Kompromiss ist. Das Volk an der Front muss berücksichtigt werden, nicht nur die in Leitungsfunktion“, betont sie. Um sich wertgeschätzt zu fühlen. Und damit sie von dem Job, den sie so liebt, auch gut leben kann. Johannes Mohren

Keine Aufwertung



Eric Lobach, Verdi-Bezirk Em-scher-Lippe Nord

Der Städte- und Gemeindebund sagt: Mehr als in der Schlichtung ginge nicht – die Forderungen der Gewerkschaft seien schlichtweg nicht erfüllbar. Was erwidern Sie?

Unsere Forderungen sind seit Langem bekannt. Wir sind in dieser Tarifrunde angetreten mit denselben Forderungen wie 2009. Und jetzt wollen wir sie endlich auch mal umsetzen.

Was muss nachgebessert werden – was erwarten Sie, um von einem Streik abzurücken?

Ausschlaggebend dafür, dass eine so große Zahl unserer Mitglieder die Schlichtungsempfehlung abgelehnt hat, ist sicherlich der Punkt, dass nicht alle Berufsgruppen überhaupt berücksichtigt wurden. Die Arbeitgeber wollten herrschen und teilen, es gab da Kleckerbeiträge für Berufsanfänger – Sozialarbeiter wurden fast gar nicht berücksichtigt. Das muss sich ändern, sonst wird keine Befriedigung hergestellt werden können. 33 Euro brutto mehr für Erzieher in der Entgeltgruppe S6, Stufe 2, das hat mit Aufwertung nichts zu tun.

Die Rede ist von „unkonventionellen Streikmethoden“. Was erwartet Dorsten, wenn es keine Einigung gibt?

Wir würden uns wünschen, dass es dazu gar nicht kommen muss. Wir fordern die Arbeitgeber auf, endlich einzulenken. Sie haben es in der Hand. Und wir haben die Hoffnung, dass noch etwas passiert. Eine mögliche Streiktaktik wird gerade mit unseren Mitgliedern besprochen und vorbereitet, dazu kann ich noch nichts sagen. Fragen: Johannes Mohren